



Letzten Herbst machte Berns Plattenladen Chop Records dicht. Jetzt bieten Nick Werren (l.) und Jürg Trindler mit Label, Vertrieb und Booking die Promotion von Künstlern an. **Seite 22**

KOHLEKRAFTWERKE IM AUSLAND

Regierung interveniert bei der BKW



Die BKW-Spitze: Präsident Fritz Kilchenmann (o.) und Direktor Kurt Rohrbach.



Strom auf allen Leitungen: Die Berner Regierung will aber nicht, dass die Energie aus Kohlekraftwerken kommt.



Die Kantonsvertreter: Regierungsrätin Barbara Egger und Regierungsrat Urs Gasche.

Die BKW ist in der Zwickmühle: Der Regierungsrat will verhindern, dass sie weitere Kohlekraftwerke im Ausland plant und baut. Das Unternehmen wird sich seinem Hauptaktionär wohl kaum widersetzen wollen.

Der Aktionsradius der BKW im Ausland ist seit gestern definitiv eingeschränkt. Der Berner Energiekonzern kann sich wohl nur an einem einzigen Kohlekraftwerk beteiligen, im norddeutschen Wilhelmshaven. Weiteren Projekten schob der ökologisch

bewusste Vertreter des Hauptaktionärs gestern faktisch einen Riegel vor. Mehrheitsaktionär ist der Kanton Bern mit einem Anteil von 52,5 Prozent, sein Vertreter ist der Regierungsrat mit rot-grüner Mehrheit. Dieser will, dass die BKW sich nicht an der Planung und am Bau von Stein- oder Braunkohlekraftwerken beteiligt. Die Regierung unterstützt eine entsprechende Motion von SP-Grossrätin Flavia Wasserfallen (Bern).

In ihrer Stellungnahme legt die Regierung offen, dass sie der BKW bereits ganz offiziell geschrieben hat, um die «kritische Haltung» darzulegen. Zusätzlich haben die Kantonsvertreter im

Verwaltungsrat interveniert. Auslöser war damals ein noch unverbindlicher Vorstoss des grünen Grossrats Christoph Grimm (Burgdorf).

Ein Projekt wird realisiert

Was bedeutet all dies für die Pläne der BKW? Klar scheint, dass sie in Zukunft – jedenfalls solange die Regierungsmehrheit rot-grün ist – die Finger von neuen Kohleprojekten lassen muss.

Sicher ist, dass die BKW ihr Projekt in Wilhelmshaven trotz allem realisieren kann. Daran will die Regierung nicht rütteln, da die Verträge unterzeichnet sind. Bei einem Ausstieg erlitt die BKW laut Regierung einen

beträchtlichen finanziellen Schaden. Zudem stünde sie als unzuverlässige Partnerin da. In Wilhelmshaven ist die BKW Minderheitspartnerin und erhält für 430 Millionen Euro eine Leistung von 240 Megawatt.

Was passiert in Dörpen?

Anders beim zweiten Projekt: Im ebenfalls norddeutschen Dörpen plant die BKW federführend ein Steinkohlekraftwerk mit 900 Megawatt Leistung und Kosten von 1,6 Milliarden Franken. Dieses Projekt ist nun auf der Kippe: Laut Regierung fielen hier «noch keine irreversiblen Entscheide» – spricht: Die BKW soll das Projekt beerdigen.

Das Unternehmen will morgen informieren (s. Artikel unten).

«Regierung will Ausstieg»

Regierungs- und Verwaltungsrätin Barbara Egger (SP) geht davon aus, dass das Projekt nicht realisiert wird (siehe Interview unten). Der zweite Verwaltungsrat des Kantons, Finanzdirektor Urs Gasche (SVP), spricht zwar von einem «klaren Signal des Regierungsrats gegen Stromproduktion aus Kohle». Aber: Die Regierung mache auch deutlich, dass sie die Grenzen der Einflussnahme respektiere. So sehe sie davon ab, die Verträge im Fall Wilhelmshaven aufzukündigen. Sie schreibe der BKW auch nicht

direkt vor, dass sie das Projekt in Dörpen unmittelbar abbreche. «Die Regierung will den Ausstieg aus diesem Projekt, aber nur soweit dies ohne juristische und wirtschaftliche Kollateralschäden sowie ohne Beeinträchtigung des Ansehens des Unternehmens möglich ist.»

Das Thema wird im April im Grossen Rat diskutiert. Dort findet auch die Abstimmung über Wasserfallens Vorstoss statt, was aber eher atmosphärisch-politisch wichtig ist. Wirklich Einfluss nehmen kann der Grosse Rat nicht, zuständig ist allein die Regierung. Und diese hat ja schon interveniert.

FABIAN SCHÄFER

BKW vor dem Rückzug

Gibt die BKW nach dem Veto der Regierung das Kohlekraftwerkprojekt in Dörpen auf? Die BKW will morgen informieren.

Wie geht die BKW damit um, dass ihr der Mehrheitsaktionär den Bau von Kohlekraftwerken verbietet? Gibt sie ihr Projekt im deutschen Dörpen auf? Vieles deutet darauf hin, dass die BKW das Projekt abbricht oder die Führung abgibt und sich mit einer Beteiligung begnügt.

Denn gegen den massiven Widerstand der lokalen Bevölkerung und gegen das Veto des Mehrheitsaktionärs wäre es für die BKW schwierig, das Projekt Dörpen zu realisieren. Hinzu kommt, dass die BKW bislang immer betont hat, dass sie dieses Kohlekraftwerk nicht allein bauen wolle, sondern noch Partner suche. Einen solchen hat sie bislang offiziell nicht gefunden.

Das Projekt befindet sich erst im Planungsverfahren. Somit sollte es für die BKW möglich sein, sich ohne allzu grossen Schaden zurückzuziehen. Sie hat zwar im Dezember bereits das Land gekauft. Bei der Vertragsunterzeichnung wurde allerdings betont, dass dies kein Präjudiz für den Bau des Kraftwerks sei. Die Klärung der Grundstücksfrage sei einfach eine Voraussetzung dafür, dass das Projekt in die entscheidende Phase der Planung gehen kön-

ne. Zudem sind an den Vertrag zahlreiche Bedingungen und Absichtserklärungen geknüpft, welche die BKW erfüllen muss.

Und: Wegen der deutschen Energiegesetzgebung bezweifeln namhafte Experten, dass die BKW das Kohlekraftwerk rentabel betreiben könnte.

Die BKW wollte gestern keine Fragen zum Projekt Dörpen beantworten. Mediensprecher Antonio Somavilla verwies auf die Jahresmedienkonferenz von morgen. Dort werde Dörpen ein Thema sein. Im Februar hat die BKW bereits Pläne für ein Kohlekraftwerk im deutschen Nordenham aufgegeben. **DRH**

GASKRAFTWERK
Nicht gegen Utzenstorf

Kohlekraftwerke darf die BKW nicht bauen, Gaskombikraftwerke aber schon: Der Regierungsrat will kein Moratorium. Er lehnt eine entsprechende Motion ab. Die BKW plant in Utzenstorf ein solches Kraftwerk. Sowohl die Energiepolitik des Bundes als auch die kantonale Energiestrategie sehe den Bau von Gaskombikraftwerken als Übergangslösung vor, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, schreibt die Regierung. **drh**

«Frage der Strategie»

Energiedirektorin Barbara Egger (SP) erwartet als Vertreterin des Mehrheitsaktionärs Kanton das Aus für das Projekt Dörpen.

Frau Egger, der Regierungsrat ist dagegen, dass die BKW Kohlekraftwerke im Ausland plant und baut. Das ist faktisch ein Verbot. Barbara Egger: Die Antwort auf die Motion legt die klare Haltung des Hauptaktionärs dar. Die Regierung hat der BKW einfach klargemacht, dass sie nicht will, dass die BKW CO₂-Dreckschleudern im Ausland baut.

Wenn der Mehrheitsaktionär seinen Willen äussert, entspricht das in der Regel einem Befehl.

So kann man das nicht sagen. Schon aus rechtlichen Gründen kann der Hauptaktionär eines börsenkotierten Unternehmens ein solches Anliegen nicht direkt umsetzen. Die Interessen müssen über den Verwaltungsrat wahrgenommen werden. Das Problem ist doch, dass der Kanton zwar die Aktienmehrheit hat, aber nur zwei von elf Sitzen im Verwaltungsrat.

Auch das kann der Mehrheitsaktionär ändern.

Durchaus, aber so schnell geht das nicht. Wir haben ja auch noch finanzpolitische Interessen. Eine abrupte Auswechslung des Verwaltungsrats würde sich

bestimmt negativ auf das Unternehmen als Ganzes auswirken. Das hat die Regierung auch zu berücksichtigen. Allerdings kann gesagt werden, dass, seit die Mehrheit der Regierung rot-grün ist, sie häufiger unzufrieden mit Entscheiden des BKW-Verwaltungsrats ist.

Wie geht es mit dem laufenden Projekt in Dörpen weiter?

Die Regierung hat jetzt klar gesagt, dass sie will, dass das Projekt abgebrochen wird. Sie erwartet nun von der BKW, dass sie aufzeigt, ob und wie dies möglich ist.

Können Sie sich vorstellen, dass es Argumente gibt, die so wichtig sind, dass die BKW trotz der «Willensäusserung» der Regierung am Projekt festhält? Eigentlich nicht, nein.

Fürchten Sie nicht, dass der Verzicht auf Kohlekraftwerke im Ausland für die BKW negative Folgen haben könnte?

Nein. Das ist doch eine Frage der Strategie – und ich rede jetzt als Energiedirektorin: Die Unternehmensleitung muss sich vielleicht einmal fragen, ob sie nicht besser in Windkraftanlagen oder neue erneuerbare Energie investieren würde statt in Kohlekraftwerke. Solche strategischen Gedanken muss sich die BKW-Leitung dank der rot-grünen Regierungsmehrheit wohl etwas vermehrt machen als bisher. **FAB**



KOMMENTAR

STEFAN SCHNYDER

Jetzt privatisieren

Der Regierungsrat des Kantons Bern und die BKW-Spitze haben Streit, auch wenn dies offiziell von beiden Seiten verneint wird. Die Tatsache, dass die Berner Regierung der BKW einen Brief geschrieben hat, in dem sie ihre kritische Haltung zum geplanten Kohlekraftwerk im deutschen Dörpen dargelegt hat, ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Dies umso mehr, als mit Barbara Egger und Urs Gasche zwei Regierungsmitglieder dem BKW-Verwaltungsrat angehören. Die Intervention der Regierung lässt dem BKW-Verwaltungsrat eigentlich keinen Spielraum mehr: Er muss wohl die Planung des Kohlekraftwerks in Dörpen abbrechen. Das Projekt in Wilhelmshaven ist dagegen schon zu weit fortgeschritten.

Die Diskussion, ob es sinnvoll ist, dass in Deutschland Kohlekraftwerke gebaut werden, ist absolut legitim. Dieser Vorfall zeigt aber erneut, in welcher unmöglichen Situation die BKW steckt. Aus unternehmerischer Sicht kann es angezeigt sein, Kohlekraftwerke oder AKW zu bauen. In diesem

Fall ist die BKW gehalten, dies zu tun. Sonst handelt sie nicht im Interesse ihrer privaten Aktionäre, die knapp 50 Prozent an der BKW halten. Die Politik auf der anderen Seite ist gefordert, den Energieunternehmen einen verlässlichen Rahmen für die Planung solcher Grossprojekte zu geben. In der aktuellen Konstellation ist die Berner Regierung indes gleichzeitig Spielerin und Schiedsrichterin. Der Konflikt wegen dieser Doppelrolle wird sich noch zuspitzen, wenn es um den Bau eines neuen Atomkraftwerks in Mühleberg gehen wird. Der Kanton muss nun zwei Varianten ins Auge fassen: entweder eine Aufspaltung der BKW in eine Netz- und eine Produktionsgesellschaft mit anschliessender Verstaatlichung des Netzes und Privatisierung der Produktionsanlagen. Oder einen Verkauf aller BKW-Aktien. Und für die Zwischenzeit braucht die BKW klare Vorgaben der Regierung, was sie in Sachen Gas, Kohle und Atom tun darf und was sie zu lassen hat. stefan.schnyder@bernerzeitung.ch